

Berliner Landesfamiliengipfel

30.08.2021

Generell:

- Abbau von Zuwendungsbürokratie bei allen Prozessen (reduzieren, digitalisieren, vereinheitlichen)
- Kontinuität und Verlässlichkeit in den Förderstrukturen (gesicherte Finanzierung, frühzeitige Planinformationen, rechtzeitige Zuwendungsbescheide zum Jahresbeginn, Inflationsausgleich bei den RK-Zuschüssen für Familien und Sachkosten der Träger)
- Intensivierung und Ausbau Öffentlichkeitsarbeit um auch die Familien zu erreichen, die bisher aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht werden konnten
- Analoge Gleichstellung zu den Tarifen im öffentlichen Dienst hinsichtlich Tarifanpassungen und Hauptstadtzulage (oder deren Abschaffung) sowie adäquate Bezahlung und Anpassung der Vergütung von Honorarkräften um noch mehr Abwanderung von Fachkräften vorzubeugen

Schuldner- und Insolvenzberatung:

- Finanzierung und Aufbau von Präventionsangeboten, Förderung der Finanzkompetenz für Familien, Jugendliche, junge Erwachsene und im Hinblick auf die Altersvorsorge
- Mehr sozial verträgliche, bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen bei schlechter SCHUFA
- TV-L 10 für SchuldnerberaterInnen und TV-L 11 für StellenleiterInnen (Vorbild Lichtenberg)
- Niedrigschwellige Angebote im Rahmen der Sozialen Schuldnerberatung, z.B. Ausbau der Zusammenarbeit mit den Jobcentern

Querschnittsthema Familienpolitik:

- Familien Wohneigentum ermöglichen I: Einführung eines Familienfreibetrags bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie (500.000 Euro) sowie Senkung der Grunderwerbsteuer
- Familien Wohneigentum ermöglichen II: Wiedereinführung des Baukindergeldes, ggf. ergänzt durch ein Berliner Landesbaukindergeld

- Familien Wohneigentum ermöglichen III: Mietkaufmodelle und Bürgschaften (Eigenkapitalaufbringung)
- Aufnahme des Deutschen Familienverbandes in das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen (die Stimme der Familien in der Wohnungs- und Baupolitik)
- Der Mietpreisanstieg in Berlin muss dringend verringert werden. Der Bau von neuen und bezahlbaren Wohnungen muss Priorität haben (Wohnungsbauförderung)
- Stärkung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften → landeseigene wohnungspolitische Steuerung
- Ausbau von Dachgeschossen zu Wohneinheiten ermöglichen
- Ausweitung der Betreuungsinfrastruktur für alle Altersstufen sowie Einführung von flexiblen Angeboten für Berufstätige (z.B. Randzeitenbetreuung), u.a. durch Betriebskindergärten, Verbesserung des Personalschlüssels
- Grundsatz einer guten Familienpolitik ist immer Wahlfreiheit: Die Politik darf Eltern und Kindern nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Familien wissen am besten, was in ihrer individuellen Situation gerade das Richtige ist
- Alleinerziehende und kinderreiche Familien brauchen unsere Unterstützung. Diese Familienformen haben besondere Wünsche und Herausforderungen. Hier wäre es angebracht, eine Studie zur Lebenssituation von kinderreichen Familien zu initiieren, da das Leben von Familien mit drei und mehr Kindern in der Wissenschaft bisher kaum beachtet wird. Hier herrscht tatsächlich Wissens- und Informationsmangel
- Das Ehegattensplitting ist die Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft. Mehrfach wurde es vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Zuletzt bei der Einführung der Ehe für alle für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wer das Ehegattensplitting abschafft, bestraft Familien. Eine Abschaffung würde vor allem Ein-Ernährer- und kinderreiche Familien hart treffen (bis zu 20 Mrd. Euro)
- Einführung einer Kennzeichnung/eines Siegels für familiengerechte/kindgerechte Betriebe und Einrichtungen → Stärkung der Familienfreundlichkeit → Sichtbarmachen des Einsatzes für Familie (der Deutsche Familienverband hat vor zwei Jahren die „Familiensterne“ eingeführt. Damit werden kindgerechte Hotels, Familienwohnungen und Pensionen ausgezeichnet: www.familiensterne.de)
- Stärkung und flächendeckende Etablierung der Kita- und Schulsozialarbeit
- Der Deutsche Familienverband macht sich für die Einführung eines Kinderfreibetrages in der gesetzlichen Sozialversicherung stark. Ziel ist die Umsetzung des Pflegeversicherungsurteils des Bundesverfassungsgerichts von 2001: www.elternklagen.de (derzeit vor dem BVerfG anhängig)

Kontakt: www.dfv-berlin.de (Landesverband) und
www.deutscher-familienverband.de (Bundesverband)